

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1914

341 (27.7.1914) Abendblatt

Badische Landeszeitung

Beilagen: Jeden Mittwoch „Badisches Museum“

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — Abonnementspreis: Vierteljährlich in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen 2 Mark 80 Pf., in das Haus gebracht 3 Mark, durch die Post bezogen ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf. gegen Vorauszahlung.

Anzeigengebühr: Die einpaltige Kolonialscheibe oder deren Raum 20 Pf., Reklamazeile 30 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Aannahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Friedrichstraße 9 (Telephon-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Annoncen-Expeditionen.



Jeden Samstag „Badisches Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtsamt, Sport, Handel und letzte Telegramme Karl Binder; für Reklamen und Inserate Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Redaktion: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Telephon-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Friedrichstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 341

Karlsruhe, Montag, 27. Juli 1914.

73. Jahrgang.

Abendblatt.

Das Neueste vom Tage.

Der deutsche Kaiser ist von seiner Nordlandreise in Berlin eingetroffen.

In Stragburg wurde heute der zwölfte Verbandstag der Rabattsparevereine Deutschlands eröffnet.

Der französische Präsident Poincaré hat seinen Besuch in Dänemark verschoben. Er ist auf der Heimreise.

Bei Zusammenstößen zwischen Freiwilligen und Militär in Dublin wurden vier Personen getötet, 30 verletzt.

Der Straßenbahnerausstand in Haag ist nach fünfzehntägiger Dauer beendet.

Infolge Hochwassers ist die Schifffahrt auf dem Bodensee sehr erschwert.

(Weitere Nachrichten siehe unter „Letzte Telegramme“.)

Die irischen Unruhen.

Dublin, 27. Juli.

Wie schon gemeldet, entstand gestern zwischen nationalistischen Freiwilligen, die mit geschmuggelten Gewehren von Galway nach Dublin zurückkehrten und von Polizeiboluden angehalten wurden, ein ernstes Handgemenge, bei dem auf beiden Seiten von den Waffen Gebrauch gemacht wurde.

Wie aus einer späteren Meldung zu ersehen, nahmen die Ausschreitungen bei der Ankunft der Freiwilligen in Dublin selbst erst einen ernstesten Charakter an, als Militär und Polizei von einem Streifzug gegen die Freiwilligen mit geschmuggelten Gewehren in die Stadt zurückkehrten. Als die Nachricht von diesem Streifzug bekannt wurde, begannen sich die Straßen mit einer aufgeregten Menge zu füllen. Das Militär wurde bei diesem Anmarsch mit wütendem Geschrei empfangen und junge Burken schleuderten Steine auf die Soldaten. An der Metallbrücke wurden die Kundgebungen so stark, daß der kommandierende Offizier feuern ließ. Hier wurden Personen getötet und etwa 30 verletzt. Mehrere der Verwundeten trugen schwere Wunden davon. Die Menge ließ später ihre Wut an allen nicht im Dienst befindlichen Soldaten aus, von denen viele mißhandelt wurden. Spät nachts verfuhr die Menge eine Kundgebung vor der Kaiserne bei einem Streifzug beteiligten Regiments. Mehrere hämmernden gegen die Türen und feuerten Revolvergeschüsse ab. Die Menge zerstreute sich nach einer halben Stunde.

Die Dubliner, 27. Juli. Als bei dem Zusammenstoß mit den Freiwilligen den Polizisten der Befehl zum Einschreiten und Vorgehen gegeben wurde, verweigerten fünf Polizisten den Gehorsam. Sie wurden darauf vom Dienst suspendiert. Die Freiwilligen verteidigten sich mit Revolvergeschüssen und verwundeten eine Anzahl von Soldaten mit den Kolben der geschmuggelten Gewehre.

London, 27. Juli. Im Hospital von Dublin sind zwei weitere Personen gestorben, darunter eine Frau. Wie gemeldet wird, haben irische Freiwillige die Telegraphenbrüche durchschnitten.

Brüssel, 27. Juli. „Patriot“ will erfahren haben, daß ein mit Waffen und Munition beladenes Schiff, das in Belfast seine Ladung löschen wollte, daran gehindert wurde und mit der Fracht die Küste nach Antwerpen habe antreten müssen.

Der Krieg zwischen Oesterreich und Serbien.

Die Lage ist zurzeit noch unverändert. Zu einer größeren militärischen Aktion zwischen Oesterreich und Serbien scheint es noch nicht gekommen zu sein. Die serbischen Truppen räumen Belgrad, soweit dies wegen der Blindierungsgefahr durch den Nebel möglich ist. Ferner wird gemeldet, daß wenn die serbische Armee bei Belgrad zwar keinen dauernden Widerstand leisten würde, sie doch den Uebergang der Oesterreicher über die Donau erschweren wollen. Die Brücke zwischen Semlin und Belgrad soll schon von den Serben in die Luft gesprengt worden sein. Der Ernst der Lage ist daraus zu ersehen, daß der deutsche Kaiser seine Nordlandreise abgebrochen hat (er ist inzwischen schon in Berlin eingetroffen) und der Präsident der französischen Republik seinen Besuch in Kopenhagen aufgegeben und auf der Heimfahrt begriffen ist.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist dort von einer Kriegsstimmung nicht viel zu bemerken, obgleich Nationalisten und Panflavisten offen den Krieg predigen. Die russische Regierung selbst soll nach der Neutralitätserklärung Englands, die zu einem guten Teil auf die inneren Unruhen in Irland und Ulster zurückzuführen sein dürfte, ebenfalls nicht mehr so kriegslustig gesinnt sein wie vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien.

Ein Umschlag der Stimmung ist aber bei der Charakterstärke der Slaven nicht unmöglich, obgleich man es kaum glauben kann, daß Rußland und Frankreich an den bedeutenden Kundgebungen blind vorübergehen, die gestern in Wien, Berlin, Rom, in allen großen Städten Oesterreichs und Deutschlands geschehen sind und die alle die Entschlossenheit dokumentieren, daß der Dreibund einig und fest in dem Entschluß ist, Oesterreich vor einer Brutalisierung durch Rußland zu schützen.

Deutschlands Haltung ist über jedem Zweifel erhaben. Die gegenwärtigen tendenziösen Auslassungen darüber in Pariser Blättern, als ob Deutschland eine zweideutige Sprache führe, sind offiziell von der deutschen Regierung zurückgewiesen. Sie hat das mit einer Vornehmheit und Festigkeit getan, die sich brillant abhebt von ähnlichen Kundgebungen von Seiten Rußlands und Serbiens. Deutschland hat Oesterreich-Ungarn keineswegs zu seinem Vorgehen gegen Serbien aufgefordert; es ist daran nicht weiter beteiligt, als es den Abmachungen des Bündnisvertrages entspricht. Die deutsche Regierung ist der Ueberzeugung, daß sie durch die Bereitwilligkeit, mit seiner ganzen Macht die aktive Einmischung eines Dritten in den österreichisch-serbischen Streit zu verhindern, den Interessen des europäischen Friedens am besten gerecht wird. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Sprache der deutschen Diplomatie ganz so fest und ruhig bleiben wird. Sie kann sich dabei auf die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien verlassen, und es ist in diesen gewitterschwülen Tagen eine erfreuliche und erhebende Erscheinung, wie geschlossen und einig die Parteien Deutschlands zur Regierung stehen. So ist es recht und so soll es bleiben in dieser Krisis!

Ueber den Stand der Dinge liegen noch folgende Meldungen vor:

Die Verteidigung Belgrads.

Wien, 27. Juli. Die „Reichspost“ meldet aus Semlin: Die Batterien am Belgrader Ufer der Donau sind nicht geräumt, auch in den serbischen Schanzen an der Donau abwärts herrscht erkennbare Bewegung. Wenn die serbische Armee auch keinen dauernden Widerstand hier leisten wird, so scheint sie doch den Uebergang über die Donau erschweren zu wollen.

Wien, 27. Juli. Wie die „Sonn- und Montagszeitung“ meldet, haben die Serben die Eisenbahnbrücke über die Donau zwischen Semlin und Belgrad in die Luft gesprengt.

Das erste Gefecht.
O Wien, 27. Juli. Bei Temeskubin haben serbische Truppen, die sich am Donauufer befanden, von Schiffen auf österreichische Truppen geschossen, die das Feuer erwiderten. Es entspann sich ein größeres Gefecht.

Mobilisierung in Montenegro.
O Wien, 27. Juli. Aus Cetinje wird gemeldet: Der Kronrat beschloß unter dem Vorsitz des Königs die allgemeine Mobilisierung. Vorgestern und gestern fanden große Kundgebungen für ein gemeinsames Vorgehen mit Serbien statt. Die Rückkehr des Kronprinzen wird für heute erwartet.

Finanzielle Maßnahmen Oesterreichs.
Wien, 27. Juli. Obwohl beide Regierungen über größere Entschlossenheit aus den letzten Anleihen verfügen, dürfte schon in den nächsten Tagen eine Prozedur der Emission von 300 Millionen Kronen für Oesterreich und von 200 Millionen Kronen für Ungarn erfolgen. Die Finanzminister haben durch Vermittlung der Postsparkasse bereits Fühlung mit den Banken genommen.

Schließung der Börse in Budapest.
O Budapest, 27. Juli. Der Börsenrat hat für die Tage vom 27. bis 29. Juli die Einstellung jeglichen Verkehrs für die Fonds- und Getreidebörse beschlossen.

Keine Kriegsstimmung des russischen Volkes.
Petersburg, 27. Juli. Nationalisten und Panflavisten predigen offen den Krieg. Am Samstagabend gelang es ihnen zum erstenmal, die Gleichgültigkeit des Publikums für einen Augenblick aufzubrechen, indem sie vor der Redaktion eines Boulevardblattes auf dem Newski-Prospekt Kundgebungen veranstalteten. Ein früherer Offizier hielt eine Ansprache an die reich anwachsende Menge, welche Hochrufe auf Serbien ausstieß. Von wirklicher Kriegsstimmung ist nichts zu spüren. Ein Umschlag der Stimmung ist aber bei der Empfänglichkeit der Slaven nicht unmöglich.

Poincarés beschleunigte Rückreise.
Kopenhagen, 27. Juli. Infolge eines beim hiesigen Königl. Hof gestern eingetroffenen drahtlosen Telegrammes passierte Präsident Poincaré die dänischen Gewässer, ohne in Kopenhagen zu dem für heute beabsichtigten Besuch zu landen.

Der Deutsche Kaiser wieder in Berlin.
Kiel, 27. Juli. Der Kaiser ist heute morgen 7 Uhr an Bord der „Hohenzollern“ hier eingetroffen. Heute vormittag 9 Uhr ist der Kaiser im Sonderzug nach Berlin abgereist. Unter sich immer wiederholenden stürmischen Hochrufen und patriotischen Gesängen des die Bahnhofshalle besetzt haltenden zahlreichen Publikums verließ der Zug die Halle.

Griechenland will eingreifen?
Paris, 27. Juli. Die Zeitung „Journal“ meldet aus Konstantinopel: Der griechische Gesandte erklärte, daß Griechenland im Falle eines serbisch-österreichischen Konfliktes verpflichtet wäre, Serbien mit hunderttausend Mann zu unterstützen.

Die englische Meinung.
Paris, 27. Juli. Der ehemalige Abg. Francois Dolonel weist in seinem Blatte „Paris Journal“ darauf hin, daß die öffentliche Meinung Englands der Sache Oesterreich-Ungarns günstig gesinnt sei, und spricht den Wunsch aus, daß auch die Staatsmänner des Kontinents ihre Sympathien Oesterreich-Ungarn zuwenden möchten, das unter den serbischen Treibern zu leiden habe.

Durch den Röttschberg zum Monte Rosa.

Eine Sommerferien-Reise.

Kandersteg, 25. Juli 1914.

Das Berner Oberland ist seit bald einem Jahrhundert das Reiseziel der Fremden, seine hohen, mit ewigen Schnee bedeckten Berge winten bis in den nördlichen Schwarzwald, die fruchtbaren Täler werden von einem urdeutschen Volkstamm bewohnt, der Besuchern gerne schöne und gastliche Aufnahme gestattet. — Als zu Anfang des fünften Jahrhunderts die Alemannen über den Oberrhein nach Süden vordrangen, die Helvetier mit den das Land besetzt haltenden Römern vertreibend, da mag ein nicht kleiner Teil von der dem Jura entlang ziehenden Heerstraße östlich abgekommen sein und sich zunächst auf der Schweizer Hochebene niedergelassen haben, wo sich reichlich saftige Wiesen, fruchtbarer Ackerboden, Urwaldungen und überhaupt alle die Bedingungen vorfinden, welche zu dauerndem Aufenthalt veranlassen. Nach und nach dürften auch die Täler des Oberlandes besiedelt worden sein, welche ebenso wie die Hochebene, fruchtbaren Boden, ja noch mehr: prachtvolle Weide- und Jagdgründe boten. Gegen Süden begrenzten hohe Berge das ganze besiedelte Gebiet, welche gleichzeitig den Strom der Völkerwanderung hemmten bzw. abwiesen. So geschah, konnte sich der alemannische Stamm ungeniebt entwickeln, und schließlich den Rätischen abgeben. Viele Jahrhunderte wird wohl die Abgeschiedenheit gedauert haben, während welcher Zeit sich der Wohlstand der Landwirtschaft treibenden fleißigen Bevölkerung sehr gehoben hat. Die Viehschläge des Berner Oberlandes sind weltberühmt und geben Winteranlassung zum Besuch, es entwickelte sich in der Neuzeit ein namhafter Handel mit Zuchtvieh nach fernen Gegenden und es trug dies nicht wenig zum Bekanntwerden der schönen Gegend bei. Die Regierung des Kantons Bern erkannte frühzeitig die Be-

deutung des Oberlandes für den Handel und die Fremden-Industrie, erschloß das Gebiet durch Anlage von Straßen und förderte den Bau von Eisenbahnen und die Dampfschifffahrt auf den schönen Seen von Thun und Brienz. Nachdem das Oberland zugänglich gemacht und an den Verkehr angeschlossen war, fehlte immer noch die Verbindung mit dem internationalen Eisenbahnnetz.

Schon bevor der Bau der Gotthard-Bahn beschlossen wurde, bemühte sich das Berner Volk darum, den internationalen Schienenstrang durch das Oberland gelegt zu erhalten, und als dem Gotthardprojekt der Vorzug gegeben wurde, ließ Bern die Absicht nicht fallen, eine direkte Verbindung mit Italien zu erhalten. Die ungeahnte Zunahme des Verkehrs auf der Gotthardbahn brachte das Projekt der Röttschbergbahn zum Reifen, welches den Anschluß in Brig mit der Jura-Simplonbahn suchte. Mit ungeheurer Mehrheit beschloß das Berner Volk 1902, eine Aktiengesellschaft zu subventionieren, welche das Projekt zur Ausführung bringt. Diese wurde bald gegründet und ging, nachdem auch der Bund einen Beitrag zugesagt, 1907 ans Werk. Solches fand im vergangenen Jahr seine Vollendung, nachdem der 14 600 Meter lange Röttschberg-tunnel durchschlägen und ausgebaut war. Die großartige Bahn, deren Kernanlage in Spiez beginnt, und in Brig mündet, ist 74 Kilometer lang, hat 36 Tunnel und 24 Brücken und Viadukte und wird elektrisch betrieben. Auf der Fahrt hierher funktionierte der Betrieb tadellos und hatte ich bei meiner Betrachtung der durchfahrenen Bäche nur den einen Wunsch, es möchte uns Vaduzern auch gelingen, auf der wenig schwierigkeithaltenden Wiesentalbahn einen so tadellosen elektrischen Betrieb einzurichten.

Kandersteg liegt am nördlichen Eingang zum Röttschberg-tunnel in 1200 Meter Meereshöhe im Kanderthal, das hier seinen Abschluß findet, indem der Fluß der Kander oberhalb des Dorfes in eine enge Klamm gepreßt ist. Das Dorf ist wunderschön in grünem Wiesental gelegen, von einem Kranz hoher, teils ver-

gletscherter Berge umgeben, deren Königin, die „Blümlisalp“, das ganze Bild beherrscht; schöne Spaziergänge in der Nähe machen, selbst bei ungünstigen Wetter, den Aufenthalt angenehm. Von weiteren Spaziergängen erwähne ich: den Deschlenen-See 1 1/2 Stunde mit 300 Meter Steigung, in das Gasterental durch die Klus in einer Stunde mit 200 Meter Steigung, dann an den „Mausee“ auf guter Straße an den Kanderfällen abwärts in 1 1/4 Stunde, und da Eisenbahnstation in 14 Minuten zurück nach Kandersteg. Der Mausee hat mit Recht seinen Namen und den Stern im Wädeker.

Kandersteg war früher etwas vereinsamt am Fuße des Gemmipasses, durch die Eröffnung der Röttschbergbahn hat aber der Ort einen großen Aufschwung genommen und ist im Sommer oft überfüllt; wegen seiner prachtvollen Lage darf dem Ort eine gute Zukunft vorausgesagt werden.

Mein mehrtägiger Aufenthalt in dem schönen, aufblühenden Kandersteg war von gutem Wetter begünstigt, die zwei halben Tage Regenwetter verbrachte ich in angenehmer Gesellschaft in netten, erdewärmen Hotelräumen. So wird mir die hiesige Nacht und der Anblick der schönen Berge eine angenehme Erinnerung bleiben, umso mehr, als es mir vergönnt war, die Blümlisalp, das Dolbenhorn und das große Rinderhorn am 22. Juli im prachtvollen Alpenglänzen zu sehen.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Ständige Kunstausstellung Baden-Baden. Die Ausstellung der deutschen Karikaturisten, welche in Verbindung mit der Künstlerwoche stattfindet, wird am 1. August eröffnet und enthält eine sehr schöne Kollektion bedeutender deutscher Künstler wie Dudoisch, Gebreg, Sulbrann, Gohlwein, Maronka, Drlik, Breatorius, Salm, Stern, Lönn, v. Boltmann, Bille usw. Die Ausstellung des Radervereins wird während der Ausstellung der Karikaturisten im Palais Samillon gezeigt, und

Die österreichische Mobilisierung.

Wien, 27. Juli. Das Ministerialkomitee für wirtschaftliche Mobilisierungsvorkehrungen, in dem alle beteiligten Ministerien vertreten sind, ist in Permanenz gesetzt worden.

Zur Festnahme des serbischen Generalstabschefs.

Bad Nisch, 27. Juli. Als dem Kaiser der Bericht über die Festnahme des serbischen Generalstabschefs Putnik vorgelegt wurde, verfügte der Monarch die sofortige Absendung eines telegraphischen Befehls nach Budapest, daß der General sofort freigelassen werde und seine Reise ungehindert fortsetzen könne.

Budapest, 27. Juli. Der serbische Generalstabschef Putnik verließ gestern nacht um 1/2 12 Uhr mittels Sonderzuges Budapest, um sich über Bukarest nach Nisch zu begeben.

Der deutsche Geldmarkt.

Berlin, 27. Juli. In einer heute abgehaltenen Versammlung haben die maßgebenden Berliner Banken und Bankfirmen beschlossen: Erstens: Für die hiesigen Börsenfirmen gewährte Vorrechte begünstigen sich die Geldgeber mit der vereinbarten Ueberbedingung auf Grund des Kassafurses vom 25. Juli, für Aktienpapiere auf Grund des ersten notierten Kurses vom geliebten Tage.

Sturm auf Sparkassen.

Strasburg, 27. Juli. Am Samstag nachmittag und heute morgen fanden bei der städtischen Sparkasse unangenehme Abhebungen von Spargeldern statt. Gegen 9 Uhr drängten sich etwa 1000 Personen am Eingang des Gebäudes, jedoch zur Aufrechterhaltung der Ordnung Polizei herbeigeholt werden mußte.

Berlin, 27. Juli. Bei einigen großen Berliner Sparkassen machte sich heute ein starker Andrang des Publikums bemerkbar, das seine Gelder abholte. Die Einlöser wurden anstandslos befriedigt, der Andrang ließ sich bald nach. Sehr beruhigend wirkte es, daß gleichzeitig viele Einzahlungen gemacht wurden.

Eine unterbrochene Sängerfahrt.

Stuttgart, 26. Juli. Der Stuttgarter Liederkreis, der gestern in Salzburg durch den dortigen Bürgermeister begrüßt worden ist, mußte seine Fahrt nach Kriest wegen der Mobilmachung unterbrechen.

Die Streitkräfte der Kriegführenden.

Serbien hat im Frieden ein Heer von etwa 80 000 Mann, Oesterreich ein solches von 414 000 Köpfen. Die Kriegsstärke der serbischen Feldarmee beträgt 300 000, Oesterreich kann zwei Millionen Leute ins Feld stellen, ohne Landstürme und Ersatztruppen.

Kann ist für das Deutsche Reich der Bündnisfall gegeben?

Wir haben mit Oesterreich den Bündnisvertrag vom 7. Oktober 1879, der am 3. Februar 1888 der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Der Artikel 1 des Vertrages legt für die beiden Kontrahenten die gegenseitige Verpflichtung fest, sich mit der gemeinsamen Kriegsmacht ihrer Reiche beizusetzen, falls einer von ihnen von Rußland angegriffen würde.

Die serbische Antwortnote.

Wien, 27. Juli. Der kaiserl. und königl. Gesandte, Freiherr v. Giesl, hat die serbische Antwortnote auf die österreichisch-ungarischen Forderungen vom 25. d. M. bei seiner Ankunft in Wien dem Ministerium vorgelegt.

Wird darauf höflichst aufmerksam gemacht, daß die Eintritts- und den deutschen Kunstausstellung auch die unentgeltliche Besichtigung dieser Kollektion einschließt. Die Billetts, welche im Palais Hamilton an der Kasse gelöst werden, kosten 1 M. berechnen aber auch zum Besuch der Ständigen Kunstausstellung, Bismarckplatz 8a.

Warenth 1914. Das unter diesem Titel seit 20 Jahren bekannte Festspielhandbuch des Leipziger Gesangsmeisters Friedrich Wild ist rechtzeitig zum Beginn der Warenthaler Festspiele erschienen. Als besondere Anziehungspunkte bringt dasselbe diesmal einen Artikel von Prof. Arthur Prüfer, 'Parfissal dabeim und draußen' und zwei Parfissal-Essays von Moritz Wirth, 'Dezoration und Technik im Ueberhandlung. 2. Technik der Dekoration: Lichtstrahl, Wein, Brot' und 'Wagners Parfissal, ein Versuch zur Vereinerung der christlichen Religionen'. Ferner enthält das Buch zwei Abhandlungen über den 'Ring', die eine von Friedrich Wild und die andere von Moritz Wirth, mit zahlreichen Notenbeispielen und eine Erläuterung Friedrich Wilds über den 'fliegenden Holländer', in der zum erstenmale eine gerechte Beurteilung über das Verhalten Meyerbeers zu Wagner während dessen Pariser Zeit ausgesprochen wird.

absichtlich, den falschen Schein zu erwecken, als ob die serbische Regierung die von Oesterreich-Ungarn gestellten Forderungen in reichem Maße zu erfüllen bereit sei. Tatsächlich ist aber die Note von einem Geist der Unaufrichtigkeit erfüllt, der klar erkennen läßt, daß es der serbischen Regierung nicht ernstlich darum zu tun ist, der sträflichen Duldung ein Ende zu bereiten. Während sie bisher den Antrieben gegen die Monarchie zu viel Raum ließ, sowohl hinsichtlich der allgemeinen Grundlagen der österreichischen Demarche als auch in Anbetracht der einzelnen von Oesterreich-Ungarn aufgestellten Forderungen, enthält die serbische Note weitgehende Vorbehalte und Einschränkungen, sobald auch die tatsächlich gemachten Zugeständnisse bedeutungslos werden.

Großblodbilanz.

BNC. Karlsruhe, 26. Juli.

Die Erörterungen darüber, ob der eben abgelaufene Landtag Verhältnisse geschaffen habe, die den sogenannten Großblod als erledigtes Gebilde erscheinen lassen, wollen nicht ausbleiben. Die reaktionären Zeitungen fingen ihm jubelnde Grabschläge, aber auch die sozialdemokratische Presse lag ihm nach, und zwar stets unter scharfen, zum Teil gebissenen und leidenschaftlichen Angriffen auf die Nationalliberalen, die durch ihre 'jämmerliche', 'schwächliche', 'infolge' Haltung ihn zu Fall gebracht, ja sogar den Liberalismus selbst verraten hätten.

Man darf heute wohl daran erinnern, daß bei den Wahlen des Jahres 1905 das Zusammengehen der Nationalliberalen, Sozialliberalen und Sozialdemokratie lebhaften Beifall in allen drei Lagern auslöste, so daß der Erfolg der Stichwahl restlos dieser Allianz zufiel. Aber schon 1909 kante die Stimmung allgemein ab, und damals schon wurden Stimmen laut, die fragten, ob man ein derartiges Wahlergebnis nicht auch ohne Wahlabmachungen hätte erreichen können.

Und doch hatte gerade dieser Landtag gesetzgeberische Aufgaben wichtiger Art in gutliberalem Sinn gelöst. Zwar war der Beginn nicht gerade hoffnungsvoll. Das erste Gesetz, das zu bearbeiten war, war das Biersteuergesetz, das von Nationalliberalen und Zentrum gemacht werden mußte, weil die Sozialdemokratie verlagte. Ueber dieses Verlagen soll hier weiter nicht gesprochen werden, so interessant es auch wäre, den Gründen dafür nachzugehen. Bei den anderen drei Gesetzen aber wirkte die Sozialdemokratie in bejahendem Sinne mit. Zwar hätte sie aus programmatischen und taktischen Gründen gegen sie stimmen müssen. Beim Steuerergesetz, das eine Neuordnung und Erhöhung der Einkommensteuer brachte, hatte gegenüber den zwischen Regierung und Nationalliberalen vereinbarten Sätzen das Zentrum eine Aenderung beantragt, die die niedersten Steuerstufen erleichterte und die höchsten Steuerstufen noch weiter belasten wollte.

Die beiden anderen Gesetze, Gemeindegesetz und Schulgesetz, waren ebenso wenig geeignet, sozialdemokratisch gesinnten Köpfen zu gefallen. Weder brachte das erste die allgemeine gleiche und direkte Wahl in der Gemeinde, noch das andere die allgemeine Volksschule oder auch nur irgend eine Zustimmung zum Gedanken der Trennung von Kirche und Schule. Zudem war dieses noch mit dem Verdacht behaftet, Ausnahmengesetz zu sein, da darin kirchlichen Korporationen die Gründung von Schulen, wie bisher, erschwert war. Also Gründe genug, um gegen diese Gesetze zu stimmen. Das hat aber die Sozialdemokratie nicht getan. Zwar hat sie jeweils Anträge eingebracht, die ihren prinzipiellen Standpunkt in diesen Fragen zum Ausdruck bringen sollten. Sie hat sie aber so lahm verbeigelt, daß offensichtlich das Zustandekommen der Gesetze ihr wichtiger schien. Sie hat damit den Fortschritt gefördert und praktische Politik getrieben, die dem Lande nur förderlich sein konnte. Damit war aber denjenigen Kreisen wenig gedient, denen 'die Bewegung alles ist'.

Katatorisch ließ sich mit der Arbeit anfangen, zu der beide Teile ein gut Stück Entfugung hatten beitragen müssen. So ist es zu verstehen, daß dem lauten und leisen Widerspruch der radikal orientierten Parteischichten gegenüber der Abg. Dr. Frank unmittelbar nach Landtagschluss in öffentlicher Versammlung die Sozialdemokratie als die treibende und führende und den ganzen Landtag beherrschende Kraft darstellte. Die Nationalliberalen dagegen erschienen in dieser Zeichnung als die Gefährten, die widerwillig unter der Hegehoheit der Sozialdemokratie in deren Schlepptau einherzogen. Das war eine böse Mißhandlung der geschichtlichen Wahrheit, ob der sich alle dienechten verunndert die Augen rieben, die die Landtagsvorgänge selbst mitgemacht hatten. Sie mußte ihren Standes hinterlassen und trug dazu bei, den Großblodgedanken zu ermühen.

Für die Neuwahlen des Jahres 1913 befuhrortete die sozialdemokratische Presse unter der Führung des Abg. Kolb — und darin trat ihm die gesamte fortschrittliche Presse bei — den Abschluß des Großblods im ersten Wahlgang als das Mittel, das ein für allemal und für alle Zeiten die Reaktion in Baden zertrümmern sollte. Dagegen aber erhob sich in den eigenen Reihen und bei den Nationalliberalen starker Widerspruch, der bei diesen durch die abstoßende Haltung der Sozialdemokratie beim Regierungsantritt des Kaisers und der Jahrhundertfeier der

Befreiungskriege ganz wesentlich verschärft wurde. Und als nun die Wahlen der Sozialdemokratie empfindliche Einbußen brachten, brach dort der Sturm los. In mehreren Versammlungen, auch in Karlsruhe, und noch scharfer auf dem Parteitag in Offenburg, wurde mit schonungsloser Schärfe die Kolb'sche Großblodpolitik als Ursache des Rückgangs verurteilt. Kolb, der noch einmal mit geringer Mehrheit gewählt worden war, glänzte in diesen Versammlungen durch seine Abwesenheit. Die radikale Richtung, die in Baden überwunden schien, hatte offensichtlich wieder Oberwasser erlangt. So ward der Großblodpolitik in den Reihen der Sozialdemokratie selbst der schärfste Gegner erwachsen.

Damit waren Spannungen vorhanden, die aber erst im Laufe des Landtags sich auslösten und zwar anlässlich der Verhandlungen über die schwebenden kirchenpolitischen Fragen und dem Antrag Muser. Zu den kirchenpolitischen Fragen hatten die Nationalliberalen schon in ihrem Wahlauftritt und in ihrer Wahlagitiation in aller Klarheit, Bestimmtheit und Schärfe Stellung genommen: Sie hatten sich gegen die Bestrebungen zur Trennung von Staat und Kirche, für die Erhaltung des Religionsunterrichts in den Volksschulen und für die Weitergewährung der Stipendientation ausgesprochen. Sollten das nicht leere Worte, ja sollte das nicht eine Lüge bleiben, so war den Nationalliberalen die Haltung zu allen diesen Fragen ein für allemal vorgezeichnet. Insbesondere aber zum Antrag Muser, an den sich die entscheidenden Auseinandersetzungen anknüpften. Wie aus der Bittale geschossen, ohne alle Benachdrigung oder Verständigung der Nationalliberalen eingebracht, drohte der Antrag Muser die Grundlagen der Schulgesetzgebung und mußte, zumal im Zusammenhang der schwebenden kirchenpolitischen Fragen, als Schritt zur Trennung von Staat und Kirche erscheinen. Demgegenüber gab es für die Nationalliberalen nichts anderes, als ein bestimmtes Nein.

Und dieses Nein wird seitdem in der sozialdemokratischen Presse in scharfster Form als Schwäche, Galllosigkeit usw. geschmäht, in der fortschrittlichen Presse mit leiseren Worten bedauert. Und das ist unehrlich. Wollte man sich dagegen wenden, so mußte es geschehen, als die Grundlagen dazu schon im Landtag 1911/12 und darauf im Wahlauftritt in aller Offenheit gelegt wurden. Aber damals schweigt man dazu. Man schweigt auch jetzt darüber, daß die Nationalliberalen bei den kirchenpolitischen Debatten für die Freireligiösen die Rückkehr zur früheren liberalen Praxis forderten, sich bestimmt gegen eine Aenderung der Bestimmungen über die Disziplinarverfahren erklärten und die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule ablehnten, in diesen Fragen also ihren liberalen Standpunkt wahrten. Sie sind dabei ihren Weg geradeaus gegangen und wurden dafür von links und rechts mit Borwürfen überhäuft: ein gutes Zeichen, daß sie den rechten Weg gegangen sind.

Auch die Frage der Münchener Gesandtschaft wird in diesem Zusammenhang immer wieder hereingezoogen. Daß diese Frage etwa eine solche liberaler Weltanschauung wäre, oder auch nur das geringste mit Liberalismus zu tun hätte, können nur politische Kinder behaupten. Daß die Nationalliberalen diese Zweckmäßigkeitsfrage anders beantwortet haben als früher, hat mit grundsätzlichen Anschauungen nichts zu tun. Auch daß die drei mit Hilfe des Zentrums gewählten Abgeordneten auf die Haltung der Fraktion einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hätten, und zwar in der Richtung nach rechts, ist eine frei erfundene Fabel, die dadurch nicht mehr innere Wahrheit erhält, daß sie immer und immer wieder wiederholt wird.

Es handelt sich hier um handgreifliche Ueberreibungen. Die Gründe für sie sind unklar zu finden. Der publizistische Führer der Großblodpolitik war auf sozialdemokratischer Seite der Abg. Kolb, der sie in der Tagespresse und besonders in mehreren Arbeiten in den 'Sozialistischen Monatsheften' in einer Weise verbreitet hat, die auch auf nationalliberaler Seite in diesem Zusammenhang finden konnte. Wenn derselbe Mann aber heute schreibt, daß der Fortführung der Großblodpolitik in der Zukunft die allergrößten Schwierigkeiten erwachsen, so läßt sich daraus ersehen, wie stark die Gegenströmung in der eigenen Partei geworden ist und wie groß das Bedürfnis für Herrn Kolb ist, die Schuld für seine Mißgriffe und Mißerfolge auf fremde Schultern abzuladen.

Was die Zukunft, insbesondere der nächste neu zu wählende Landtag bringen wird, wird abzuwarten sein. Eine Sozialdemokratie, die bereit ist, wie im Landtag 1909 bis 1913 praktische liberale Arbeit zu tun, wird die Nationalliberalen zum Zusammenarbeiten bereitfinden, in dem Maß und Umfang, die unabänderlich durch die Geschichte der Partei und durch ihr Programm gegeben sind, und in diesen seine unübersteigbare Schranke findet. Eine Sozialdemokratie aber, die ihre Politik nach den Bedürfnissen ihrer Agitation einrichtet, wird ihre Wege allein gehen müssen.

Der Augenblick dazu ist freilich merkwürdig gewählt. Das Zentrum macht zurzeit die schwerste Krise seit seinem Bestehen durch. Es sieht den Boden wanken, auf dem es bisher gestanden hat. Mit schwerer, gar nicht mehr verhehlter Sorge sieht es den Zwiespalt seines ganzen Lebens aufgedeckt. Der Mafel, daß es als deutsche politische Partei von nichtdeutschen Mächten abhängig erscheint, wird nicht mehr von ihm zu nehmen sein. Ob und wie es diese heutige Lage überwinden wird, ist eine der wichtigsten Fragen der Zukunft. Daß die baltische Sozialdemokratie diesen Augenblick benützt, um in den Ball, der sich in Baden dem Vordringen des Zentrums entgegenstellt, das Breche zu legen, und diese Breche von Tag zu Tag zu verbreitern, ist ein Zeichen hervorragender Staatsweisheit. Das ist aber auch nur möglich bei einer Partei, bei der Masseninstinkte und Massenstimmen befriedigt werden müssen, in der der Agitator dem Politiker die Wege weist, und nicht umgekehrt, wie es eigentlich sein sollte. Auch hier könnte es sich leicht zeigen, daß der Radikalismus sich wieder einmal als der Schrittmacher der Reaktion erwiesen hat. Und wenn es erst einmal in Baden so weit gekommen sein sollte, daß, wie jetzt schon den heftigen Sozialdemokraten in der Klosterfrage, ihren baltischen Genossen die Augen darüber aufgehen sollten, wenn in letzter Linie ihre Politik des Sommers 1914 gebietet haben wird, dann wird auch ihr Urteil über die Nationalliberalen ein anderes sein, aber dann dürfte es zu spät sein.

Die Drohungen der sozialdemokratischen Presse, die ein wenig künstlich laut sind, haben im nationalliberalen Lager bis jetzt noch gar keinen Eindruck gemacht. Man kennt dort die Hiffe und Sprünge und frankten Stellen im sozialdemokratischen Turm hindreichend genau und ist sich auf der anderen Seite der eigenen Stärke und des eigenen Zusammenhalts recht wohl bewußt. Daß die Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen sich zu entscheiden hätten, ob sie nach links oder nach rechts Anschlag juden wollen, ist eine reine Fiktion. Ihr Weg wird sie zwischen beide hindurch geradeaus führen und ihre Wähler werden gerne und sicher mit ihnen gehen, sowohl die mehr rechts als auch die mehr links gerichteten.

Hollands küßt die Nationalliberalen das Schredgepfeil des sozialdemokratisch-fortschrittlichen Kleinblods. An den braucht man erst zu glauben, wenn er einmal Lust haben sollten, die Wahlstatistik vor und fangen an zu rechnen, wenn sie dann auch noch die Stimmen ihrer Wähler gehört haben werden und dann noch den Glauben haben wollen, auf diesem Wege der Reaktion einen Riegel vorzusetzen zu können, so solls uns recht und lieb sein.

